



Bullinger: Grün-Rot darf den Nationalpark nicht gegen die Bürger vor Ort vorantreiben

In einer Landtagsdebatte über den geplanten Nationalpark im Nordschwarzwald hat der stellvertretende Vorsitzende und agrarpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Dr. Friedrich Bullinger, der grün-roten Landesregierung vorgeworfen, nicht alle betroffenen Gruppen anzusprechen. So seien die Kreisbauernverbände von Freudenstadt, Calw, Rastatt, Achern, Offenburg und Wolfach in die Entscheidungen der Arbeitsgruppen nicht einbezogen worden. Bullinger: „Fürchten Sie den Sachverstand der Waldbauern der angrenzenden Orte? Ich habe den Verdacht, dass es so ist. Ich sage Ihnen, man kann solch ein einschneidendes Projekt wie einen Nationalpark nicht gegen die beteiligten Bürgerinnen und Bürger vor Ort vorantreiben.“ Bullinger forderte den Agrarminister auf, das bald fertiggestellte Gutachten zum Nationalpark in allen betroffenen Gemeinden vorzustellen und den Bürgern die Chance zu geben, in einer Bürgerbefragung dazu Stellung zu nehmen. Bullinger: „Wenn sich die Bürger vor Ort mehrheitlich dafür aussprechen, wird auch die FDP-Landtagsfraktion nicht dagegen sein.“ Bullinger äußerte seine Zweifel, dass der Nationalpark mehr ökologische Vielfalt bringen werde. „Ich glaube den Fachleuten, die eine Verarmung der Natur statt einer stärkeren Vielfalt prognostizieren.“ Nach den Worten von Bullinger ist wohl den wenigsten Menschen bekannt, dass Grün-Rot zunächst ganze Kulturlandschaften von im Verlauf von 300 Jahren gewachsenen Fichten auf einer Fläche von rund zehn mal zehn Kilometern abholzen wolle, um dann die Natur sich selbst zu überlassen. Auch der Tourismus werde nicht in dem Maße von dem Nationalpark profitieren, wie es Grün-Rot propagiere. Im Bayerischen Wald mit seinem noch größeren Nationalpark seien die Übernachtungszahlen seit Jahren rückläufig.